

# „Brauchen freie Kapazitäten für wirklich Verfolgte“

**Brief aus Berlin:** Heute lesen Sie einen Beitrag des CDU-Bundestagsabgeordneten Oliver Grundmann

Liebe Leserinnen und Leser, weltweit fliehen Menschen vor Krieg und Terror aus ihrer Heimat und suchen Schutz vor Bedrohung und Verfolgung. Unter größten Entbehrungen, Strapazen und unter Lebensgefahr machen sie sich auf den Weg, lassen ihre Familienangehörigen in der Ungewissheit zurück, ob sie sie jemals wiedersehen werden. Sie suchen buchstäblich das rettende Ufer: Europa.

Wir erleben derzeit mit der Flüchtlingswelle eine Menschheitskatastrophe wie es sie seit der Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat. Mein Vater selbst ist Vertriebener, meine Großmutter floh mit fünf kleinen Kindern unter dramatischen Umständen in den letzten Kriegsmonaten von Pommern nach Stade als mein Vater vier Jahre alt war. Sie haben dort eine neue Heimat gefunden und Menschen, die sie aufgenommen haben. Dafür bin ich noch heute dankbar und erahne aus deren



Erlebnisberichten, was es heißt, Heimat und neue Wurzeln zu finden. Auch heute werden hunderttausendfach Menschen verfolgt und vertrieben, Frauen geschändet, Männer ermordet. Wir stehen alle in der Verantwortung, diesen Menschen zu helfen und ihnen wenigstens ein kleines Stück Heimat zu geben, denn sie haben unvorstellbares Leid erfahren.

Im Gegensatz dazu können und wollen wir aber nicht jedem eine Heimat geben, der aus Gründen zu uns kommt, die zwar verständlich und nachvollziehbar sind, aber kein Asyl rechtfertigen. Wirtschaftsflüchtlinge beispielsweise vom Balkan, die glauben, dass es in Deutschland hier für sie wirtschaftlich besser läuft und sie eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben. müssen wir in

ihre Schranken weisen. Sie haben keine Zukunft bei uns. Bei prognostizierten 800 000 Flüchtlingen für dieses Jahr können wir schließlich nicht jedem Asyl gewähren. Zwischen den schutzbedürftigen und den nichtschutzbedürftigen Menschen müssen wir differenzieren. Deswegen müssen die Grünen endlich ihre unverantwortliche Blockadehaltung gegen die Ausweitung der sicheren Herkunftsländer auf den Kosovo, Albanien und Montenegro aufgeben. Das muss kommen. Denn dies führt zu einer Beweislastumkehr und damit zu einer grundsätzlichen Versagung von zeitraubenden Asylverfahren. Das ist ein wichtiger Stein in einem großen Mosaik.

Aber, abgelehnte Asylbewerber – das sind derzeit 15 000 in Niedersachsen – müssen dann auch konsequent abgeschoben werden und dies liegt in der alleinigen Zuständigkeit des Landes! Ich sehe es als unverantwortlich von der rot grünen Landesregierung

an, dass kaum Abschiebungen vollzogen werden. Aus rein ideologischen Gründen und aus Rücksicht auf den grünen Koalitionspartner hält der niedersächsische SPD-Innenminister die Füße still und handelt nicht.

Auch muss es wie in Bayern möglich sein, Asylanträge aus den Balkanstaaten sofort zu entscheiden, solange die Menschen noch in den zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen sind. Sie dürfen gar nicht erst auf das Land verteilt werden. Denn: Wir brauchen freie Kapazitäten in den Kommunen für die wirklich verfolgten Menschen, die Schutz vor Krieg und Vertreibung suchen. Auf europäischer Ebene müssen wir Druck auf die EU-Länder machen, die bislang nur wenige Flüchtlinge aufnehmen. Die unterschiedlichen Aufnahmezahlen und dass zum Beispiel Tschechien und die Slowakei nicht bereit sind, Muslime aufzunehmen, zeigen, wie höchst unterschiedlich die Flüchtlingspolitik der EU

ist. Die Asylstandards in den EU-Ländern gilt es anzugleichen, damit nicht 40 Prozent aller Flüchtlinge in der EU wegen unserer hohen Anreize nach Deutschland kommen. Auch in der Asylpolitik muss die Europäische Union an einem Strang ziehen. Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden kommen im September zu einem Flüchtlings-Gipfel zusammen. Ich fordere die Innenminister auf, jetzt alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Es muss konsequent und entschlossen gehandelt werden, wenn wir nicht wollen, dass die Stimmung und Hilfsbereitschaft in unserem Lande kippt.

IHR OLIVER GRUNDMANN

---

In dieser Kolumne nehmen Bundes- und Landtagsabgeordnete aus der Region Stellung zu aktuellen politischen Themen. Ihre Meinung muss sich nicht mit der der Redaktion decken.